

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

als langjähriger, ehrenamtlicher Bürgermeister und Historiker sollte mir hinlänglich bekannt sein, welche Wirkung falsch gewählte Worte haben können und dass eine unmissverständliche Ausdrucksweise von elementarer Bedeutung ist. Doch bei meinen Aussagen im Video eines Bloggers am 2. Januar habe ich das nicht berücksichtigt – was ich sehr bedauere und für das ich mich bei Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren des Rates, und bei den Bürgerinnen und Bürgern der Hansestadt entschuldige.

Zu Beginn des zufällig entstandenen Gesprächs habe ich den für mich wichtigsten Aspekt, nämlich jenen der Versöhnung, vorangestellt. Doch im weiteren Verlauf ist es mir nicht gelungen, auf dieser argumentativen Ebene zu bleiben. Ich hätte den Andeutungen, die schließlich eindeutig aus der rechten politischen Ecke kamen, unmissverständlich und vehement widersprechen müssen. Das habe ich unglücklicherweise nicht getan. Ich muss mir nachträglich ernsthaft die Frage stellen, ob ich in der Situation nicht den Weg des geringsten Widerstands gewählt habe, mich für Zustimmung statt für Widerspruch entschieden habe. So sollte weder ein Repräsentant einer Stadt reagieren, noch „normale“ Bürgerinnen und Bürger, die sich dem deutschen Grundgesetz und der Gesellschaftsordnung verbunden fühlen. Abwegigen rechten Thesen, die die deutsche Geschichte samt all ihrer Gräueltaten in Frage stellen, muss entschieden widersprochen werden. Wer wie ich die deutsche Geschichte kennt, muss sich der Verantwortung und Schuld bewusst sein und muss entsprechende Lehren daraus ziehen, um die Hand zur Versöhnung reichen zu können.

Jeder, der mich kennt, weiß, dass mich dieses Ziel seit Jahrzehnten umtreibt – auch und gerade wegen meiner persönlichen Erfahrungen. Aus diesem Grund hatte ich Herrn Oberbürgermeister Mädge gebeten, den Empfang für die Angehörigen der Opfer des Massakers aus Ozarichi im August vergangenen Jahres übernehmen zu dürfen. Eben vor dem Hintergrund meiner eigenen Geschichte kann ich tief nachempfinden, zu welchen Gräueltaten und Verbrechen Menschen in Kriegszeiten in der Lage sind und welche Trauer sie damit verursachen, unabhängig von Nationalität oder Religion. Es war mir ein persönliches Bedürfnis, dieses den Gästen aus Weißrussland zu vermitteln und ihnen die Hand zur Versöhnung zu reichen.

Besonders danke ich nochmals den Begleiterinnen und Begleitern der sechs Damen aus Ozarichi, dass sie diesen Besuch organisiert und realisiert haben. Ich möchte mich bei ihnen und allen anderen engagierten Akteuren von Opferverbänden, Geschichtsvereinen, historischer Forschung und Politik noch einmal ausdrücklich für meine Pauschalisierungen entschuldigen. Ich selbst bin auch als vehementer Gegner von Pauschalisierungen bekannt, schere dann aber im Video alle „Linken“ über einen Kamm, was jedweder Grundlage entbehrt. Dabei wissen wir, dass es Akteure von links und von rechts gibt, für deren Handeln sich wenig bis kein Verständnis aufbringen lässt. Ich bin aber zutiefst davon überzeugt, dass die große Mehrheit der Personen, die sich in Freizeit und Beruf für Verständigung und Versöhnung engagieren, eine absolut aner kennenswerte und wertvolle Arbeit für die Gesellschaft leistet. Exemplarisch für Lüneburg möchte ich den VVN-BDA und die Geschichtswerkstatt nennen. Ich bedauere, dass der Eindruck entstanden ist, ich würde dieses Engagement schmälern oder gar negieren.

Die Kultur des Erinnerns hat viele Facetten, es gibt nicht die einzig wahre Erinnerungskultur. Wir in der Hansestadt Lüneburg haben uns schon vor Jahrzehnten für einen Weg entschieden, wie wir erinnern und Geschichte bewahren. Auch ich bin aus großer Überzeugung auf diesem Weg unterwegs. Wir erinnern öffentlich und sichtbar an die Opfer. Beispiele dafür sind das Mahnmal an der Lindenstraße, der Friedhof im Tiergarten, die Euthanasiegedenkstätte der PKL, die zentrale Gedenkstätte auf dem Zentralfriedhof und nicht zuletzt die Pläne für die Neugestaltung der Synagogengedenkstätte. Wir laden an jedem 27. Januar – dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz – auf zahlreichen Veranstaltungen zum Nachdenken und zum Diskurs ein. Wir versehen Denkmale mit Erklärungen und Einordnungen, denn sie sind Teile eines Diskurses, der niemals enden wird.

Mein sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte mich abschließend noch einmal ausdrücklich bei Ihnen allen entschuldigen,

- dafür, dass ich in dem Gespräch eine dringend nötige Konfrontation mit den rechten Thesen nicht gesucht habe.
- dafür, dass ich verdiente Akteure der Lüneburger Erinnerungskultur politisch diffamiert habe.
- dafür, dass der Eindruck entstanden ist, ich würde enorm wichtigem, historischem Engagement nicht mit der notwendigen Wertschätzung begegnen.

Ich bitte Sie herzlich: Lassen Sie wirre rechte Thesen mit zweifelhaftem Geschichtsverständnis niemals unkommentiert. Die Geschichte und die daraus resultierende Verantwortung müssen generationengerecht verstanden und gelebt werden. Nur so kann Versöhnung erfolgreich sein.

Schließen möchte ich mit einem Zitat des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog vom 3. Januar 1996:

„Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“

Vielen Dank.

Dr. Gerhard Scharf